

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/28

8. Februar 1973

Ein Fernbleiben wäre unpolitisch

Weltjugendfestspiele bieten Chance zu demokratischer Selbstdarstellung

Von Franz Weschek

Mitglied des DGB-Bundesvorstandes und Leiter der Abteilung Jugend

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Das Problem Wasser wird aktuell

Nur Zusammenarbeit kann uns noch helfen

Von Dr. Werner Best

Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Seite 3 und 4 / 98 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Erklärungen von Honecker und Verner

Seite 1 bis 4 / 204 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehause 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 226 946 / 226 947
GMBH

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein Fernbleiben wäre unpolitisch

Weltjugendfestspiele bieten Chance
zu demokratischer Selbstdarstellung

Von Franz Woschek

Mitglied des DGB-Bundesvorstandes und Leiter der Abteilung Jugend

Die Weltjugendfestspiele, deren eigentlicher Träger der kommunistische Weltverband der Jugend ist, haben schon eine längere Geschichte. Um diese Geschichte geht es hier nicht. Jedermann aber weiß, daß diese Weltjugendspiele ein Teil der weltweiten Strategie des internationalen Kommunismus sind. Bis zu den 9. Weltjugendfestspielen sind die überwiegend kommunistischen und sympathisierenden Jugendlichen und Jugendgruppen aus der Bundesrepublik Deutschland als vermeintliche "Repräsentanz der westdeutschen Jugend und ihrer wahren politischen Meinung" aufgetreten.

Als 1972 an die bundesrepublikanischen Jugendverbände die Einladung zu den 10. Weltjugendfestspielen 1973 nach Ostberlin einging, hat die Gewerkschaftsjugend in den zahlreichen vorbereitenden Gesprächen und Verhandlungen, gemeinsam mit anderen Verbänden des Bundesjugendrings und des Ringes der politischen Jugend, erstmalig eine Teilnahme als offizielle Delegation ins Auge gefaßt. Für die Teilnahme wurde allerdings zur Voraussetzung gemacht, daß die Vertreter des Bundesjugendrings und des Ringes politischer Jugend gegenüber den Teilnehmern des Aktionskomitees Festival, dem überwiegend Kommunisten angehören, eine deutliche Mehrheit haben müssen, und daß in den politischen Foren und Seminaren das volle Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht gleichberechtigten Mitsprechens gilt. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß die Veranstalter diese Bedingungen erfüllen werden.

Schätzungsweise 38.000 junge Menschen aus fast allen Ländern der Erde werden nach Ostberlin kommen. Allein aus technisch-organisatorischen Gründen sind für die einzelnen Länder Quoten festgelegt. Für die Bundesrepublik wird voraussichtlich eine Quote von ca. 600 Teilnehmern festgesetzt werden. Natürlich gibt es keine

Zweifel, daß wieder, wie in der Vergangenheit, die Mehrzahl dieser Jugendlichen aus allen Ländern Kommunisten oder Sympathisierende sein werden.

Für uns, die Gewerkschaftsjugend wie für die anderen demokratischen Jugendorganisationen der Bundesrepublik, gibt es trotzdem interessante Aspekte dieser Konferenz:

- Zum ersten Mal werden die Kommunisten und die Sympathisierenden nicht die Mehrheit der Teilnehmer aus der Bundesrepublik stellen. Die anderen Jugendverbände, die 95 vH. der organisierten Jugendlichen in der Bundesrepublik repräsentieren - von der Sportjugend, über die evangelische Jugend, die Jungsozialisten und Jungdemokraten, die DAG-Jugend bis zur Gewerkschaftsjugend - werden nicht als Anhängsel und Mitjubilier nach Ostberlin fahren.
- Es wird, wie die Erfahrungen der Weltkonferenz der Arbeiterjugend im November 1972 in Moskau beweisen, in Ostberlin möglich sein, eine Selbstdarstellung unserer Politik in der Bundesrepublik zu geben. Es wird möglich sein, den Standpunkt demokratischer Sozialisten, zu dem sich auch die Mehrheit der jungen Mitglieder in den Gewerkschaften des DGB bekennen, deutlich, und wenn es notwendig, auch hart zu artikulieren.

Ich glaube, daß sich die Entscheidung der Gewerkschaftsjugend und der anderen Jugendverbände nahtlos in die Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung einfügt. Es wäre ein unverständlicher politischer Widerspruch, wenn in einer Phase beginnender Normalisierung zwischen West und Ost, bei der die Bundesrepublik einen wesentlichen Beitrag leistet, gerade die Gewerkschaftsjugend diesen 10. Weltjugendfestspielen fernbleiben und damit auf die große Chance verzichten würde, vor tausenden junger Menschen aus allen Ländern der Erde darzustellen, zu welchen Fortschritten, Leistungen und Erfolgen eine starke Gewerkschaftsbewegung in einem kapitalistischen Land fähig ist, wenn dieses Land eine freiheitliche, rechtsstaatliche und soziale Grundordnung hat.

(-/8.2.1973/bgy/fh)

Das Problem Wasser wird aktuell

Nur Zusammenarbeit kann uns noch helfen.

Von Dr. Werner Best

Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Die Gründung des Kuratoriums für Wasserwirtschaft ist ein Gebot der Stunde. Damit sind neue Wege beschritten worden, um durch Aktivierung und Koordinierung aller Kräfte die Entwicklung auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft zu fördern. Das öffentliche Interesse erfordert die Beteiligung der staatlichen Verwaltung des Bundes, der Länder und der kommunalen Verwaltungen, der technischen und wissenschaftlichen Vereine und Institutionen sowie der Hochschul- und Universitätsbereiche.

Aufklärung, Informationen und exakte Hinweise auf statistisch belegte Werte müssen die Zusammenhänge deutlich machen. Es fehlt bisher an diesem autoritären Mahner, der, getragen von dem Urteil der Fachleute, die Zusammenhänge unmißverständlich formuliert. In unserer Gesellschaft verhallt der Appell an die Abgeordneten in Bund und Ländern, in Städten und Gemeinden, wenn nicht in über- großer Deutlichkeit die Verantwortung für künftige Ereignisse aufgezeigt wird. Noch immer beherrscht der Alltag mit seinen Problemen die Szene der Parlamente. Hochwasserschutz steht nur dann auf der Tagesordnung, wenn der Schaden da ist. Die Ausgaben für die Beseitigung dieser Schäden schließen aber künftige Schäden nicht aus. Es werden meist nur die Symptome, nicht aber die Ursachen kuriert. Angefangen vom Bau der Hochwasserrückhaltebecken bis zum Ausbau der Gewässer und seiner Ufer brauchen wir ein Programm für die gesamte Bundesrepublik, das auf Sicht Schwierigkeiten und Probleme des bisherigen Ausmaßes ausschließt. Aufwendungen von 25 Milliarden DM für diese Maßnahmen werden sicher nicht zu hoch veranschlagt sein.

Andere Fragen ergeben sich bei Wassermangel. Die Wasserversorgung ist sowohl von der Qualität als auch von der Quantität nach wie vor ein Problem. Etwa 93 vH. der Bevölkerung in der Bundesrepublik sind an zentrale Wasserversorgungen angeschlossen, d.h. fast 4,5 Millionen Einwohner sind immer noch auf meist mangelhafte Haus- und Ortsbrunnen angewiesen. Mit den zentralen Wasserversorgungen ist aber die Wasserqualität und die Wassermenge keinesfalls in Ordnung. Nach vorsichtigen Schätzungen muß dies für über 30 vH. der an zentrale Anlagen angeschlossenen Einwohner verneint werden. Der heutige Wasserverbrauch von etwa 16 Milliarden Kubikmeter im Jahr wird in den nächsten 30 Jahren auf fast 30 Milliarden Kubikmeter ansteigen, d.h. der Wasserverbrauch wird sich verdoppeln. Dies gilt sowohl für die Bevölkerung als auch für die Industrie, die fast 80 vH. dieses Wasserbedarfs benötigt. Aber nicht nur Trink- und Betriebswasser für Bevölkerung und Industrie wird gebraucht, auch die Kraftwerke sind immer mehr auf Wasser an-

gewiesen. Allein für ein kW Atomstrom wird 0,2 Kubikmeter Kühlwasser benötigt.

Um den Bedarf an Trink- und Betriebswasser jederzeit decken zu können, wird man künftig andere Wege gehen müssen. Nur ein zentrales Verbundnetz ist die Voraussetzung für die Sicherstellung einer qualitativ und quantitativ einwandfreien Wasserversorgung. Heute bestehen in der Bundesrepublik bereits über 1.500 leistungsfähige Verbände mit regionalen Versorgungsaufgaben. Hier wird man zukünftig verstärkt weiter arbeiten müssen. Wir sind bemüht, den Wasserversorgungsverbund zielstrebig auszubauen. Aufwendungen von über 70 Milliarden DM in der Wasserversorgung dürften m.E. nicht zu hoch angesetzt sein. Dabei wird es notwendig, diese Mittel in verhältnismäßig kurzer Frist aufzubringen, wobei ein Zeitraum von 15 Jahren keinesfalls überschritten werden darf.

Wenn schon Hochwasser, Trink- und Brauchwasser Milliarden verschlingen, so sind für die Abwasserbeseitigung noch weit höhere Anstrengungen erforderlich. Mit dem steigenden Wasserbedarf wird auch in gleicher Weise der Abwasseranfall anwachsen. Etwa 8,5 Millionen Kubikmeter häusliches Abwasser und 17 Millionen Kubikmeter Abwasser aus Industrie- und Gewerbebetrieben fließen täglich den Flüssen und Bächen in der Bundesrepublik zu. Bei einer Verdoppelung des Wasserbedarfs wird der tägliche Abwasseranfall aus Haushaltungen und Industrie bis zum Jahre 2000 sogar auf 50 Millionen Kubikmeter ansteigen. Hinzu kommen erhebliche Kühlwassermengen aus der Industrie und aus den Kraftwerken. Heute bereits werden etwa 35 Millionen Kubikmeter Kühlwasser täglich benötigt.

Obwohl bisher erhebliche Investitionen auf der Abwasserseite vorgenommen worden sind - auf Bundesebene sind das in den letzten zehn Jahren rd. 16 Milliarden DM - kann doch eine sichtliche Verbesserung in der Gewässereinhaltung nicht festgestellt werden. In der Bundesrepublik sind derzeit etwa 80 vH. der Bevölkerung an Kanalisationen angeschlossen. Demgegenüber wird lediglich das Abwasser von etwa 45 vH. der Bevölkerung in Kläranlagen ausreichend behandelt. Ein Großteil des aus den Kanalisationen abgeleiteten Abwassers fließt also ungenügend gereinigt oder ohne jegliche Behandlung unseren Gewässern zu.

Wenn wir in der Gewässerverschmutzung zu einem spürbaren Erfolg kommen wollen, muß der Bau vollbiologischer Kläranlagen in Zukunft erheblich verstärkt werden. Gerade hier sind wir im Wettlauf mit der Zeit. Wenn sich die Verschmutzung nicht zur Katastrophe auswirken soll, müssen die vorrangigsten Anlagen bis 1985 erstellt sein. Nach vorsichtigen Schätzungen ist allein für den Ausbau der kommunalen Anlagen mit Baukostenaufwendungen bis zu 70 Milliarden DM zu rechnen. Für die Abwasseranlagen der Industrie werden weitere 20 Milliarden DM aufzubringen sein.

Die Probleme der Gewässereinhaltung werden noch zwingender und deutlicher, wenn man weiß, daß wir zur Deckung des Trinkwasser- und Brauchwasserbedarfs in Zukunft verstärkt auf Oberflächenwasser zurückgreifen müssen. Bereits heute werden 35 vH. des Wasserbedarfs in der Bundesrepublik aus Flüssen und Seen gedeckt, zukünftig wird dies noch gravierender.

Mit diesen Hinweisen und Zielvorstellungen habe ich die gesamte Problematik der Wasserwirtschaft herausgestellt und damit die Aufgaben gezeigt, die auf uns alle zukommen. Getrennt und einzeln können wir dies nicht lösen. Eine Zusammenarbeit ist hier unausbleiblich. Hierfür soll das Kuratorium für Wasserwirtschaft dienen.

(-/8.2.1973/kg/dx)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Die Erklärungen von Honecker und Verner

In Beantwortung der zahlreichen Rückfragen, die wir zu dem SPD-Pressedienst-Artikel "Antwort an Erich Honecker" vom 6. Februar erhalten haben, veröffentlichen wir die uns zur Verfügung stehenden Unterlagen über die Erklärungen des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED, Erich Honecker, und des Stellvertreters des Ministers für Nationale Verteidigung und Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee, Admiral Waldemar Verner. Honeckers Erklärungen zitieren wir nach der Ausstrahlung des "Fernsehens der DDR" vom 5. Februar (ab 18 Uhr 30), die Erklärungen Verners nach dem SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" vom 3. Februar 1973. Den Artikel Verners geben wir wegen seiner allgemeinenpolitischen Bedeutung im Anschluß im vollen Wortlaut wieder.

1/ Erich Honecker: "Der 8. Parteitag ging von dem prinzipiell richtigen Standpunkt aus, daß die Profilierung der DDR als souveräner sozialistischer Staat die entscheidende Voraussetzung für seine internationale Anerkennung und auch für die Beziehungen der Koexistenz zwischen der DDR und der BRD ist." Friedliche Koexistenz bedeute mehr als nur ein Zustand des Nichtkrieges, sagte der Redner. Friedliche Koexistenz bedeute auch Zusammenarbeit. Deshalb war und ist die Rede von einem friedlichen Nebeneinander, ja Miteinander. Dazu stehe die objektiv vorhandene Abgrenzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht im Widerspruch. Sie sei vielmehr eine Grundbedingung für die konstruktive Politik der friedlichen Koexistenz der DDR. Friedliche Koexistenz bedeute aber kein Verwischen ideologischer Gegensätze. Sie schließe die ideologische Auseinandersetzung nicht aus, sondern setze zielstrebige Arbeit bei der Verbreitung unserer sozialistischen Ideologie in der DDR und im Kampf gegen die imperialistischen Versuche ideologischer Diversion voraus.

2/ Waldemar Verner: "... daraus erhellt, daß sich an der Auffassung über das Wesen von Sicherheit und Entspannung in Europa nichts geändert hat. Die Anerkennung des politisch-territorialen Status quo in Europa bedeutet daher nicht, daß der Imperialismus für alle Zeiten das bestehende Kräfteverhältnis akzeptieren will. Seine Aktivitäten im Bereich der Militärpolitik weisen das Gegenteil aus. Als sozialistisches Militär haben wir daher die Pflicht, den imperialistischen Klassenfeind illusionslos zu betrachten und wachsen zwischen seinen Worten und Taten zu unterscheiden. Der Imperialismus war, ist und bleibt aggressiv, abenteuerlich und gefährlich. Darum haben wir auch keine Veranlassung, unser Feindbild zu ändern."

3/ Waldemar Verner (Originalwortlaut des Artikels vom 3. Februar):

"Wir alle sind Zeugen und zugleich Mitgestalter politischer Prozesse, die das Antlitz unserer Welt verändern. Sie werden ent-

scheidend geprägt durch die erfolgreiche, koordinierte Friedensoffensive unseres sozialistischen Bruderbundes sowie durch das Wirken der drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit. In dem historischen Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus wurde das internationale Kräfteverhältnis stetig zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus verändert; der Imperialismus wurde gezwungen, den Realitäten des Kräfteverhältnisses stärker als bisher Rechnung zu tragen. Es sind vor allem die Macht und Stärke der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft, es sind die gemeinsamen Anstrengungen der Staaten des Warschauer Paktes und die Stärke der verbündeten sozialistischen Armeen, die entscheidend zur Ernüchterung der aggressiven imperialistischen Kräfte beigetragen haben.

Kapitalismus gebiert stets aufs neue Aggressivität

Dennoch gibt es keinen Grund, daß wir uns irgendwelchen Illusionen über das Wesen und die Politik des Imperialismus hingeben oder gar leichtfertig werden. Wir haben es mit keinem geläuterten oder gewandelten Imperialismus zu tun. Der Imperialismus war, ist und bleibt 'aggressiv'. Es sind objektive Gründe, es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in Ökonomie und Politik, die Aggressivität und Expansionsstreben stets aufs neue gebären. In den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, kurz gesagt im Monopol, zu dessen Wesen, wie Lenin nachwies, das Streben nach Weltherrschaft gehört, wurzelt die Aggressivität des Imperialismus.

Stärke des Sozialismus zwingt Imperialismus zur Anpassung

Mit diesem, dem Imperialismus ureigenen Wesen haben wir es auch heute zu tun. Geändert haben sich bestimmte Erscheinungsformen des Imperialismus und seiner Politik. Eine solche Veränderung ist die Anpassung, ist sein Reagieren auf nicht mehr umkehrbare Veränderungen in seinen äußeren und inneren Existenzbedingungen, die im Klassenkampf gegen ihn entstanden sind. Und wenn der Imperialismus heute nicht mehr die ihm eigene Aggressivität in militärische Abenteuer in Europa umsetzen kann, dann nicht, weil er etwa weniger aggressiv, sondern weil er schwächer und der Sozialismus stärker geworden ist.

Wir haben unsere historischen Erfahrungen mit dem Imperialismus, wir kennen seinen ihm wesenseigenen Kreislauf und auch sein strategisches Ziel: in die sozialistische Welt einzudringen, sie auszuhöhlen und letztlich zu vernichten. Deshalb bleiben wir real und wachsam zugleich, wenn es um die Beurteilung auch jeder Reaktion geht, die wir gegenwärtig im imperialistischen System und besonders in seinem militärischen Bereich auf das sich verändernde Kräfteverhältnis beobachten können. Schließlich sind alle diese Reaktionen von ihrem Wesen her gleichzeitig auch Schritte, mit denen der Imperialismus in die Offensive zu kommen sucht, um das Kräfteverhältnis, insbesondere das militärische Kräfteverhältnis wieder zu seinen Gunsten zu verändern.

Der Imperialismus verfügt gegenwärtig über ein bedeutendes Militärpotential, das in Europa in Gestalt der von der USA und

der BRD beherrschten NATO eine fortdauerende Bedrohung des Friedens und der Sicherheit darstellt. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dafür, daß der Imperialismus, trotz aller Entspannungstendenzen, auch nur geneigt wäre, das Wuchern mit dem 'militärischen Pfunde' aufzugeben. Das Gegenteil ist der Fall, wie die Tatsachen beweisen.

Druck mit Militärpotential soll Kräfteverhältnis verändern

Unter dem Zwang des Kräfteverhältnisses haben sich die herrschenden Kreise der NATO schon seit längerer Zeit auf eine 'Doppelstrategie' orientiert, die unter dem irreführenden Begriff 'Sicherheit und Entspannung' praktiziert wird. Ihren tieferen Sinn verdeutlichte der US-Verteidigungsminister Laird anlässlich des NATO-Großmanövers 'Strong Express' (1972): 'Die Politik der NATO muß auch in der Entspannungsphase auf der Basis militärischer Stärke gegenüber dem östlichen Verhandlungspartner demonstriert werden'. Also Verstärkung des militärischen Potentials der NATO, um von einer 'Position der Stärke' aus über den Weg von Verhandlungen den politischen Spielraum für den Imperialismus zu erweitern mit dem schließlichen Ziel, das internationale Kräfteverhältnis unter verstärktem Einsatz des militärischen Faktors wieder zu seinen Gunsten zu ändern.

Das leitende Prinzip dieser imperialistischen Militärpolitik wird in der von BRD-Minister Helmut Schmidt aufgestellten Formel erkennbar, wonach 'Entspannungspolitik' nichts anderes sei als die 'Ergänzung der Sicherheitspolitik... unter Einmischung anderer Mittel'. Daraus ablesbar ist die eindeutige Vorrangstellung der NATO und all der militärischen und rüstungspolitischen Maßnahmen, die ihrer effektiven Stärkung dienen.

Für diese allen Entspannungstendenzen und der friedlichen Koexistenz zuwiderlaufenden Absichten muß immer wieder eine demagogische Begründung herhalten - die absurde These vom 'Gleichgewicht der militärischen Kräfte' zwischen Imperialismus und Sozialismus mit der 'Gleichgewichtstheorie', die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus zu verschleiern, und die Friedenspolitik der Sowjetunion und der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verleumden. So werden uns 'Bestrebungen des Waffentrüstens' und der 'Entspannungsfeindlichkeit' unterstellt, gegen die sich der 'Westen' mit erhöhten 'Verteidigungsanstrengungen' wehren müßte. Zum anderen wird mittels dieser 'Theorie' die Unerläßlichkeit der atomaren und konventionellen Präsenz der USA in Westeuropa begründet und - das ist ihr eigentlicher Zweck - der verstärkte Ausbau der NATO sowie die Hochrüstung stimuliert. Mit der 'Gleichgewichtstheorie' werden also Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt.

Diese 'Theorie' hat jedoch noch einen anderen, weit gefährlicheren Hintergrund, weil das 'Gleichgewicht' für den Imperialismus eine manipulierbare Größe ist, die, wie eine BRD-Zeitschrift schrieb, 'nie genau zu definieren ist und daher die andere Seite (d.h. die NATO - W.V.) immer motiviert, einer denkbaren Kräfteverschiebung mit dem 'preemptive-strike' (Präventivschlag - W.V.) zu begegnen'. Wenn Worte einen Sinn haben, dann wird hier der Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung als Mittel der imperialistischen Politik das Wort geredet.

Zur Vorstärkung der militärischen Komponente der 'Doppelstrategie' entwickelte besonders der Imperialismus der BRD sehr weitgehende Aktivitäten, die ihn zum Vorreiter einer zu Beginn der 70er Jahre verstärkten Aufrüstung und der Erhöhung der Effektivität der Streitkräfte des NATO-Blocks werden ließen. So hatte die BRD nicht nur maßgeblichen Anteil an der Profilierung der Europa-Gruppe der NATO,

sondern auch am Zustandekommen des 'Europäischen Militärischen Verstärkungsprogramms', dessen Kosten sich auf zusätzliche 3,6 Milliarden DM belaufen und die zu 40 Prozent von der BRD getragen werden. Eine andere BRD-Initiative fand mit der von der Europa-Gruppe verabschiedeten 'Erklärung über die Grundsätze der Rüstungszusammenarbeit' ihren Abschluß, die die 'maximale Kooperation bei Rüstungsbeschaffung und Rüstungsstandardisierung' sowie 'den Informationsaustausch... über alle Pläne für künftige Rüstungsprojekte' vorsieht. Damit wurde die Grundlage für die Entwicklung einer gefährlichen Machtgruppe des westeuropäischen Rüstungskapitals gelegt, die zur schnelleren Erhöhung der Aggressionskraft und der Gesamteffektivität des NATO-Paktes beitragen soll. Alle vorhandenen Gegensätze und Widersprüche und auch jene, die bei der Errichtung dieses Militär-Industrie-Komplexes auf NATO-Ebene noch auftreten mögen, werden aber überlagert von einer grundsätzlich einheitlichen Zielstellung: der Zurückdrängung und letztlich der Liquidierung des Sozialismus.

Bundeswehr wurde kostspielig als 'Allzweckarmee' profiliert

In seinem eigenen Bereich hat der Imperialismus der BRD im Rahmen eines kostspieligen komplexen Programms die Bundeswehr grundlegend reorganisiert und modernisiert. Profiliert und ausgebildet als 'Allzweckarmee' erreichte dieses Machtinstrument die von allen bisherigen CDU/CSU-Regierungen erstrebte Stärke von 500.000 Mann, wovon 52 Prozent Zeit- und Berufssoldaten sind. Das Gros der Verbände der Bundeswehr wurde an den Grenzen zur DDR und CSSR disloziert, und ihre Führungsstruktur wurde weitgehend der Kriegsstruktur angeglichen. Wenn ihr Generalinspekteur, Admiral Zimmermann, kürzlich erst in frappierender Offenheit erklärte, 'die Bundeswehr ist, unbeeinflusst von allen Entspannungstendenzen, voll funktionsbereit', so bezieht sich das sowohl auf deren Struktur, Bewaffnung und Ausbildung als auch auf die geistige Kriegsbereitschaft der Mehrzahl der Soldaten.

Keine Illusionen über die Politik des Klassenfeindes

Angesichts der realen Aussichten für eine Wende zur friedlichen Koexistenz in Europa nehmen sich die militärpolitischen Tatsachen und Handlungen des NATO-Blocks und seiner Hauptmächte wie ein Anachronismus aus. Daraus erhellt, daß sich an der Auffassung des Imperialismus über das Wesen von Sicherheit und Entspannung in Europa nichts geändert hat. Die Anerkennung des politisch-territorialen Status quo in Europa bedeutet daher nicht, daß der Imperialismus für alle Zeiten das bestehende Kräfteverhältnis akzeptieren will. Seine Aktivitäten im Bereich der Militärpolitik weisen das Gegenteil aus.

Als sozialistische Militärs haben wir daher die Pflicht, den imperialistischen Klassenfeind illusionslos zu betrachten und wachsam zwischen seinen Worten und Taten zu unterscheiden. Der Imperialismus war, ist und bleibt aggressiv, abenteuerlich und gefährlich. Darum haben wir auch keine Veranlassung, unser Feindbild zu ändern. Entsprechend der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe wird die Nationale Volksarmee auch weiterhin ihre Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft auf dem erforderlichen Stand halten. Sie wird im engen Klassen- und Waffenbündnis mit der Sowjetarmee und den anderen Armeen des Warschauer Vertrages auch künftig dem Imperialismus keinen Ausweg in Krieg und Gewalt lassen und damit die günstigsten äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus sichern."

(-/8.2.1973/bg/va)